

http://www.krone.at/Nachrichten/FMA_vs._Staudinger_Schuh-Hersteller_organisiert_Demo-Kampf_geht_weiter-Story-342743

FMA vs. Staudinger: Schuh-Hersteller organisiert Demo

Kampf geht weiter

30.11.2012, 15:54



Foto: Imre Antal

Jetzt kommentieren

INFOBOX

GEA-Chef im Visier der FMA: WKÖ-Chef Leitl vermittelt Streit um Kredite: FMA droht Schuster mit Beugestrafe
FMA prüft nun sogar private Darlehen an Hilfsorganisation
Schuhproduzent lädt FMA-Vorstände in Werkstätte ein
Freunde beliehen: FMA will nun "legale Alternativen" finden
Von Freunden drei Mio. Euro geliehen: "Keine 'Peanuts'"
Freunde statt Bank beliehen: 50.000 € Strafe drohen

Der streitbare "Waldviertler"-Schuhhändler Heini Staudinger (Bild) will es im Zwist mit der Finanzmarktaufsicht um unerlaubte Bankgeschäfte drauf ankommen lassen. Statt das Vermittlungsangebot von Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl anzunehmen, wartet er jetzt auf den Strafbescheid der FMA, um diesen dann vorm Höchstgericht zu bekämpfen.

Die Bescheide - genau genommen sind es zwei - sollen dieser Tage rausgehen. Am Freitag in einer Woche will Staudinger dann Nationalratspräsidentin Barbara Prammer seine Parlamentarische Bürgerinitiative zur Abänderung des Bankwesengesetzes übergeben.

Mit dabei unter anderem: Kabarettist Roland Düringer, der Schremser Bürgermeister und "Weltenwanderer" Gregor Sieböck. Ab 14 Uhr soll am 7. Dezember eine "große Demo" unter dem Motto "Bürgerrecht statt Bankenrecht" stattfinden, wurde am Freitag

angekündigt. Die Forderung: "Bürger müssen selbst entscheiden können, wem sie ihr Geld borgen wollen: den Banken oder den Betrieben und Projekten ihres Vertrauens." Der Schuhhändler hat über einen Sparverein bei 250 Kunden und Bekannten mehr als drei Millionen Euro eingesammelt, also sogenanntes Crowd Funding betrieben. Er zahlt seinen Geldgebern vier Prozent Zinsen. Das dürfen in Österreich momentan aber nur Banken mit entsprechender Konzession tun.

Blaue Briefe auf dem Weg ins Waldviertel

In den nächsten Tagen dürften im Waldviertel zwei blaue Briefe der FMA eintrudeln: Der Untersagungsbescheid hat das Ziel, die unerlaubten Bankgeschäfte in Zukunft abzdrehen. Kommt Staudinger der Aufforderung nicht innerhalb einer bestimmten Frist nach, muss er wahrscheinlich 10.000 Euro Strafe zahlen - der Höchststrafen liegt bei 30.000 Euro, beim ersten Mal werden aber üblicherweise 10.000 Euro verhängt. Handelt Staudinger nicht, bekommt er einen weiteren Bescheid, mit der die Zwangsstrafe verhängt wird, und eine neuerliche Aufforderung, die Bankgeschäfte zu beenden. Gegen den Unterlassungsbescheid steht ihm lediglich ein außerordentliches Rechtsmittel zur Verfügung, nämlich eine Beschwerde beim Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof. Parallel dazu läuft das Verwaltungsstrafverfahren, das sich gegen Staudinger als Geschäftsführer seiner Gesellschaft richtet und die bisherige (angebliche) Gesetzesübertretung bestraft. Gegen den entsprechenden Verwaltungsstrafbescheid der FMA kann Staudinger beim Unabhängigen Verwaltungssenat Berufung einlegen.

Meinung

von Heinrich Breidenbach



Finanzmarktaufsicht gegen Waldviertler Schuster

Erinnern wir uns zurück an das Jahr 2006. Damals platzte die Bombe, dass die BA-WAG über Jahre hinweg einem Spekulanten insgesamt fast zwei Milliarden Euro anvertraut hatte. Das Geld ist bis heute verschwunden, angeblich wurde es vollständig in der Karibik verzockt. Der Milliardenverlust konnte von der Bank mehrere Jahre lang geheim gehalten werden. So ging das.

Etwas frischer ist unser Gedächtnis vielleicht noch bei der Hypo-Alpe-Adria. Seit wenigen Tagen wissen wir, dass der Steuerzahler für diese notverstaatlichte Bank erneut tief in die Tasche greifen muss. Sie wird zum Fass ohne Boden. Dies deshalb, weil sich jeder vierte (!) Euro, den die Bank in ihren wilden Zeiten an Krediten vergeben hat, später als faul herausgestellt hat. In Summe waren es 8,27 Milliarden Euro, für die keine Zinsen und Tilgungen bezahlt wurden. Ein absoluter Wahnsinn.

Es wäre unter anderem Aufgabe der so genannten Finanzmarktaufsicht (FMA), solche Vorgänge nach Möglichkeit abzuwenden. Zugegeben, lückenlos wird das nicht möglich sein. Betrüger gehen raffiniert vor, und die unregelte Globalisierung der Finanzmärkte setzt einer österreichischen Finanzmarktaufsicht auch enge Grenzen. Trotzdem. Bei den Bankskandalen der letzten Jahre in Österreich hat diese Behörde chronisch versagt.

Sparvereine

gen Drohungen verschickt. Es heißt darin zum Beispiel so: „Der FMA [der FinanzMarktaufsicht] ist bekannt, dass der „GEA Sparverein“ Gelder von Kunden entgegengenommen hat und dafür Zinsen an die Kunden bezahlt wurden bzw. werden. Überdies ist der FMA bekannt, dass für die Finanzierung einer Solaranlage ebenso Kundengelder entgegengenommen wurden. Wer Bankgeschäfte ohne die erforderliche Berechtigung betreibt ... ist von der FMA mit einer Geldstrafe bis zu 50.000 Euro zu bestrafen.“

Spinnt die Welt?, fragt man sich. Aber bleiben wir ernst und halten fest: Natürlich muss es Regeln auch für „alternative“ Finanzierungs- und Beteiligungsformen geben. Natürlich darf man Betrügereien nirgendwo ausschließen. Natürlich müssen auch hier Anleger geschützt werden. Natürlich ist der Staat auch dafür zuständig.

Aber hier werden nicht Bürger und Anleger geschützt, sondern die Banken und ihr Monopol über Geldgeschäfte.

◆
Bio-Heu-Region. So könnte die heile Welt aussehen. Sanfte, blühende Landschaften, nachhaltig bewirtschaftet. Ehrliche, biologisch hergestellte Produkte. Eine ganze Region, die davon ökologisch, wirtschaftlich und touristisch profitiert. Lebensqualität! Freilich nie ganz, aber ein Stück weit, gibt es so etwas sogar im wirklichen Leben. Und zwar nicht als Ein-

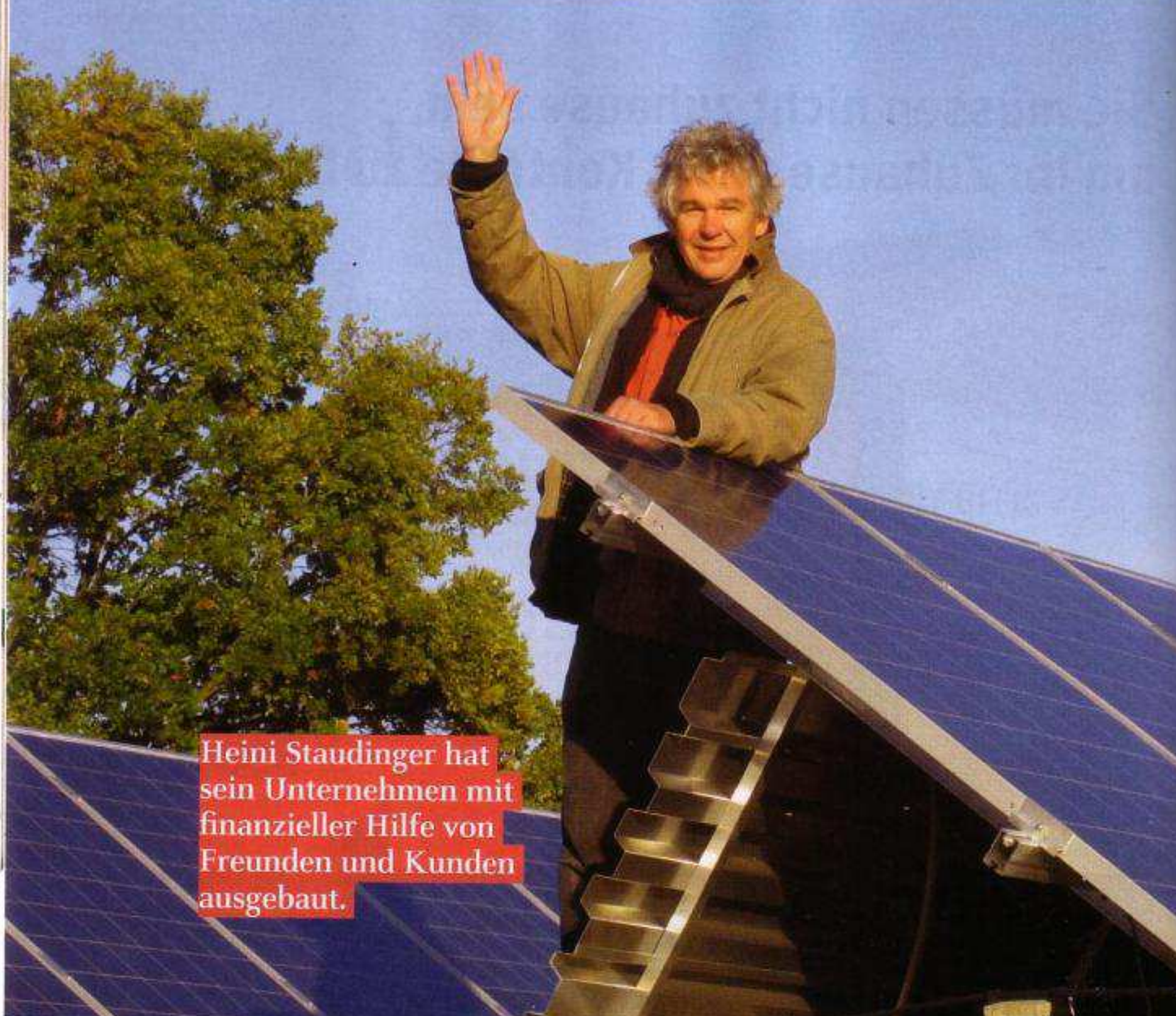
Sparvereine und Solaranlagen

Dafür hauen die Burschen jetzt umso mächtiger auf den Putz. Es geht diesmal aber nicht gegen wahnsinnig gewordene Kärntner Landespolitiker und ihre Banker, auch nicht gegen Milliardenversenker in der Karibik. Ein Waldviertler Schuherzeuger (GEA), karitative Organisationen, Sparvereine, kreuzbrave Bürger und ihre Beteiligungsmodelle für Solaranlagen oder für regionale Unternehmen sind leichter ins Visier zu nehmen.

Also werden Briefe mit safti-

etwas sogar im wirklichen Leben. Und zwar nicht als Eintagsfliege, sondern mittlerweile schon seit über zehn Jahren. Die 240 Biobäuerinnen und Bauern aus Salzburg und Oberösterreich, die sich in der „Bio-Heu-Region Trumer Seenland“ zusammengeschlossen haben, leisten dafür Tag für Tag ihren Beitrag. Letzte Woche wurden sie mit dem „Österreichischen Klimaschutzpreis 2012“ von Landwirtschaftsministerium und ORF ausgezeichnet. Eine mehr als verdiente Anerkennung. Herzliche Gratulation! ..

*h.breidenbach@
salzburger-fenster.at*



Heini Staudinger hat
sein Unternehmen mit
finanzieller Hilfe von
Freunden und Kunden
ausgebaut.

ich brauche **keine banken**

Die Finanzmarktaufsicht (FMA) nimmt nach mehreren Anzeigen alternative Finanzierungen unter die Lupe. Betroffen sind Beteiligungsprojekte für Solarstromanlagen ebenso wie Hilfsorganisationen und Unternehmen. GEA-Gründer Heini Staudinger sieht durch die Prüfung seine Geschäfte bedroht und wehrt sich: Es sei ein Bürgerrecht, sich Wege der Finanzierung abseits der Banken zu suchen.

ANNEMARIE HERZOG



Heini Staudinger ist vom Scheitel bis zur Sohle ein Öko-Unternehmer und ein Kämpfer für die Region. Seine Waldviertler Schuhe sind Kult, seine GEA-Möbel bekannt für klaren Stil und Qualität. Mit einer Regionalwährung wirkt er der Abwanderung des Geldes aus dem Waldviertel entgegen, bei der Finanzierung seines Geschäftes meidet er die Banken und setzt auf die Unterstützung von Freunden, Verwandten und Kunden.

Das Unternehmen in Schrems wächst stetig und gibt heute alleine im Wald-

viertel 130 Menschen Arbeit. Solche Erfolgsgeschichten sind in wirtschaftlich schwierigen Zeiten rar. Dass Staudinger für dieses Wachstum kein Geld von Banken brauchte und auch keines haben will, verdankte er paradoxerweise einem Bankberater, der ihm 1999 trotz bestens laufender Geschäfte den Kreditrahmen drastisch herabsenkte. „Bankenunabhängig werden“ war fortan seine Devise. Staudinger: „Vier Jahre später, im Jahr 2003, war mein Unternehmen schuldenfrei. Darin sah ich ein Zeichen höchster Bonität und lud Freunde, Verwandte und Kunden ein, Geld in meine Firma einzulegen. Die Anteile lagen anfangs zwischen 3.000 und 50.000, später auch bei 100.000 Euro. Die Verzinsung liegt etwa in der Höhe üblicher Kreditzinsen.“ So kamen im GEA-Sparverein knapp drei Millionen Euro zusammen, die Staudinger in die Weiterentwicklung der Waldviertler Werkstätten investierte. An Sicherheiten legt er sein Warenlager im Wert von mehr als vier Millionen Euro (nach eigenen Angaben) und die beiden Firmengebäude in die Waagschale.

Finanzmarktaufsicht prüft

Das alles passte wohl demjenigen nicht, der Staudinger vor knapp einem Jahr bei der FMA anzeigte. Es bestehe der Verdacht, dass das Bankgesetz verletzt werde. Hintergrund: Wer sich von mehr als einer Person gewerbsmäßig Geld borgt, macht Bankgeschäfte und dafür ist eine Konzession erforderlich. Staudinger: „Es war mir nicht möglich, von der FMA zu erfahren, wer mich angezeigt hat.“

Am 28. Juni 2012 forderte die FMA von Staudinger die Unterlassung der gewerblichen Entgegennahme fremder Gelder als Einlage sowie die Unterlassung des weiteren Haltens der bereits entgegengenommenen fremden Gelder und die Vorlage entsprechender, aussagekräftiger Unterlagen.

Staudinger: „Dem sind wir nicht nachgekommen. Ich denke nicht im Traum daran, mir mein Modell zerschlagen zu lassen. Während wir mit der Unterstüt-

zung unserer Kundinnen und Kunden genau das erreicht haben, was unsere Gesellschaft erstrebt, wie Arbeitsplätze und Energiewende, haben die Banken unter der Aufsicht der FMA Milliarden verzockt und versenkt.“

„Als Behörde ist die FMA verpflichtet, zu ermitteln, wenn uns ein Verdacht nahegebracht wird“, erläutert Klaus Grubelnik, Mediensprecher der FMA. „Es wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, das erst am Anfang steht. Zum jetzigen Zeitpunkt steht noch gar

Die Finanzmarktaufsicht ermittelt nach einer Anzeige.

nicht fest, ob es einen Gesetzesverstoß gibt oder wie der Gesetzesverstoß konkret aussieht. Das wird sich erst nach Prüfung zeigen.“ Problematisch sei jedenfalls die Bezeichnung „GEA-Sparverein“. Grubelnik: „Laut Vereinsregister gibt es keinen GEA-Sparverein.“ Das Geschäft sei ein Einlagengeschäft, das von einem gewinnorientierten Unternehmen getätigt werde und unterliege daher den normalen Wirtschaftsgesetzen. Staudinger dazu: „In unserem Fall ist das Wort Sparverein einfach ein Spitzname. Gerne bin ich dazu bereit, an einem runden Tisch mitzuwirken, wie solche Sparvereine in ihrer Einfachheit organisiert werden sollen und welche Auflagen sie erfüllen müssen.“

Wie sieht eine gesetzeskonforme Lösung aus?

Grubelnik: „Das Unternehmen müsste die eingezahlten Beträge seiner Unterstützer als Anleihe auflegen. Wendet man sich an weniger als 150 Anleger, ist kein Wertpapierprospekt nötig. Jedoch müssen geprüfte Bilanzen vorgelegt werden. Ab 150 Anlegern muss ein Prospekt aufgelegt werden, der von einem geeigneten Kontrolleur zu prüfen ist. Die Kosten für die Prüfung durch einen Wirtschaftsprüfer belaufen sich



130 Menschen arbeiten in den Waldviertler Werkstätten in Schrems. Sie produzieren Waldviertler Schuhe und GEA-Möbel.



auf etwa 30.000 Euro." Staudinger hingegen schätzt, dass für die von der FMA vorgeschlagene Lösung Kosten in Höhe von 100.000 bis 300.000 Euro anfallen würden.

Sonnenkraftwerk mit Warengutscheinen finanziert

Ein weiteres Projekt startete Staudinger zur Finanzierung der Photovoltaikanlage. Knapp 2.500 Personen haben insgesamt eine Million Euro eingezahlt. Die Stückelung lag bei 200-Euro-Portionen, wofür die Einzahler Warengutscheine im Wert von jeweils 330 Euro erhalten. Ausgegeben werden die Gutscheine in 30-Euro-Tranchen über zehn Jahre. Mittlerweile ist damit das bislang größte Sonnenkraftwerk des

Waldviertels in Betrieb und liefert doppelt so viel Energie, wie GEA braucht. Die Finanzierung der Photovoltaikanlage in dieser Form gilt nicht als Bankgeschäft und auch nicht als Photovoltaik-Beteiligungsverfahren. Es handelt sich um einen ganz normalen Kauf von Warengutscheinen, der rechtlich unbedenklich ist. Auch manche Bio-Bauernhöfe arbeiten nach diesem Prinzip. Als Darlehen gilt, wenn man Geld hingibt und Anspruch darauf erhebt, Geld zurückzubekommen.

Auch Hilfsorganisation angezeigt

Heini Staudinger ist nicht der Einzige, der zur Zeit von der Finanzmarktaufsicht unter die Lupe genommen wird. Auch das Hilfswerk Jugend Eine Welt wurde bei der FMA angezeigt und geprüft. Der Vorwurf lautete „verbotenes Einlagengeschäft“. Seit 9. November 2012 ist nun klar, dass zinslose Darlehen an Jugend Eine Welt, mit deren Hilfe Projekte der Entwicklungszusammenarbeit und Katastrophenhilfe finanziert wurden, weiterhin möglich sind. „Wir sind froh, dass uns unsere Unterstützer weiterhin mit zinslosen Darlehen helfen können“, erklärt Reinhard Heiserer, Geschäftsführer von Jugend Eine Welt. „Diese Zusagen vonseiten der FMA haben wir nun

schriftlich. Lediglich eine Anpassung der Verträge war notwendig.“ FMA-Sprecher Grubelnik dazu: „Das Hilfswerk Jugend Eine Welt ist kein gewinnorientiertes Unternehmen, sondern ein gemeinnütziger Verein. Wir haben hier keine Probleme gesehen.“ Sollte sich nach Prüfung eines Sachverhalts zeigen, dass eine Gesetzesverletzung vorliegt, versuche die Finanzmarktaufsicht, eine ordentliche und kostengünstige Lösung mit den Betroffenen zu finden.“

Nicht legal, aber legitim

Heini Staudinger hat in den letzten Wochen viele Solidaritätsbekundungen erhalten: „Ein Briefschreiber meinte, dass das Vorgehen mit unserem GEA-Sparverein zwar nicht legal sei, aber legitim sei es sehr wohl. Es muss ein Bürgerrecht sein, dass sich Menschen selber organisieren. In solchen Zeiten, wo so vieles wankt, erst recht.“ Nun hofft Staudinger auf Hilfe von der Politik und auf eine Gesetzesänderung, die seinen Finanzierungen einen rechtskonformen Rahmen geben. Unterstützung ist ihm von vielen Seiten sicher.

Heini Staudinger: „Eher gehe ich in den Kerker, bevor ich zahle.“